

Niederschrift zur 8. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 21. Januar 2016 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.10 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 6. Sitzung vom 12. November 2015 und der 7. Sitzung vom 10. Dezember 2015
3. Integriertes Entwicklungskonzept Grohner Düne
4. 1. Änderung des Bebauungsplanes 1299 „Science Park“
Abgabe einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange
5. Organisatorische Änderungen am Finanzamt Bremen-Nord
6. Benennung der Erschließungsstraße im Baugebiet
Aumunder Wiesen
7. Besetzung von Ausschüssen
8. Anträge und Anfragen der Parteien - entfallen
9. Mitteilungen des Ortsamtsleiters - entfallen
10. Mitteilungen des Beiratssprechers - entfallen
11. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder - entfallen

Anwesende Mitglieder:

Marvin Mergard	Dr. Hans-Stephan Schlenker
Eyfer Tunc	Thomas Pörschke
Peter Fahsing	Brigitte Palicki
Wilfried Sulimma	Hans-Albert Riskalla
Joachim Riebau	Klaus-Dieter Bless
Gabriele Jäckel	Torsten Bullmahn
Dr. Jürgen Hartwig	Greta Frenzel
	Cord Degenhard
	Günter Kiener

Es fehlte:

Sabri Kurt

Weitere Gäste:

Herr Donaubauber	Bauamt Bremen-Nord
Herr Hafke	Bauamt Bremen-Nord
Herr Prange	Senatskanzlei
Frau Jüngst	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Herr Karsten	Büro Forum Bremen
Frau Oberdörfer	Senatorin für Finanzen
Herr Dr. Schwieger	Senatorin für Finanzen
Herr Voß	Polizeirevier Vegesack

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er erklärt, dass aus aktuellem Anlass der Tagesordnungspunkt 5 „Organisatorische Änderungen am Finanzamt Bremen-Nord“ ergänzt werden musste.

Die Tagesordnung wird wie vorliegend beschlossen.

Herr Dornstedt heißt Herrn Peter Fahsing als Listennachfolger von Frau Weßling willkommen und überreicht ihm die Verpflichtungserklärung.

Der Vorsitzende erinnert an die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 24. Januar 2016 in der Gemeinde Alt-Aumund. Außerdem weist er auf eine Informationsveranstaltung zur geplanten ZAST in der Lindenstraße hin, die am 17. Februar 2016 um 18:00 Uhr im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus stattfindet.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

1. Frau Ingeborg Müller beantragt, dass der Beirat von einer Unterbringung von Flüchtlingen in der Straße Auf dem Berge 4 absehen möge.

2. Frau Eimen-Stark, Elternsprecherin der Kita Jaburgstraße beantragt, die erste Klasse in der Schule Alt-Aumund dreizügig einzuplanen, da es bereits jetzt mehr Anmeldungen als Schulplätze gibt.

3. Die Aktion Krötenschutz beantragt, das Gelände um die Angelteiche nicht als Bauland auszuweisen und am B-Plan 379 festzuhalten.

4. Frau Sgolik regt an, dass der Beirat zu bestimmten Themen Demonstrationen vor der Bürgerschaft organisiert um den Anliegen der Bevölkerung und des Beirates mehr Nachdruck zu verleihen.

5. Johannes Güstrow bittet den Beirat, darauf zu achten, dass Zusagen auch eingehalten werden. In der Straße Am Becketal sind schon schwere LKW unterwegs, die die Straße kaputt fahren, bevor überhaupt mit dem Bau begonnen wurde. Der Vorsitzende bittet Herrn Donaubauer, sich der Sache anzunehmen.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften der 6. Sitzung vom 12. November 2015 und der 7. Sitzung vom 10. Dezember 2015

Die Niederschrift der 6. Sitzung vom 12. November 2015 wird wie vorliegend genehmigt.

Herr Bless bittet darum, in der 7. Niederschrift vom 10. Dezember 2015 unter TOP 4, „Wie geht es weiter mit dem Spicarium?“, Seite 5, Absatz 2, den letzten Satz um die zwei in der Sitzung genannten Namen zu ergänzen.

Der Satz wird wie folgt geändert:

„Außerdem kritisiert er den mangelnden Einsatz der rot-grünen Nord Bremer Abgeordneten Heike Sprehe und Dr. Maike Schäfer.“

Die Niederschrift wird mit dieser Ergänzung beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3

Integriertes Entwicklungskonzept Grohner Düne

Der Vorsitzende begrüßt Frau Jüngst, Herrn Karsten und Herrn Prange.

Die Grohner Düne gilt als der soziale Brennpunkt in Bremen. Die Senatsressorts haben gemeinsam mit der Firma Forum Bremen ein Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) erarbeitet, das jetzt dem Beirat vorgestellt wird.

Frau Jüngst erklärt, dass die Grohner Düne seit 1999 „WIN-Gebiet“ und „Soziale-Stadt-Gebiet“ ist. 2014 wurde die Grohner Düne von der Firma Grand City Property (GCP) gekauft. Gemeinsam mit GCP soll dieses Konzept umgesetzt werden, was nicht leicht werden wird. GCP ist nicht unbedingt ein Wohnungsbauunternehmen, sondern eher ein gewinnorientiertes Finanzierungsunternehmen. Mit der Umsetzung des Konzeptes kann erst begonnen werden, wenn der Haushalt 2016-2017 beschlossen ist, denn auf Bundesmittel kann erst zugegriffen werden, wenn die Co-Finanzierung (2/3 Gemeindemittel zu 1/3 Bundesmittel) beschlossen ist.

Herr Karsten erläutert, dass es sich hier um eine besondere Situation handelt, weil man es hier mit einem Eigentümer zu tun hat, den man erst mit ins Boot holen muss. Das IEK ist als Handlungsgrundlage für die Verhandlungen eines Kooperationsvertrages mit GCP gedacht. Ohne GCP wird nichts zu verändern sein, daher ist das Konzept so wichtig. Zunächst stellt er mit Hilfe einer Power Point Präsentation die Planungen und Ideen des IEK für Grohn (Anlage 1) vor. Er zeigt auf, wie die Sozialstruktur und der Bildungsstand in der Grohner Düne und in Grohn aussehen. Er stellt fest, dass es einen hohen Leerstand aber auch Überbelegungen von einzelnen Wohnungen gibt. Er erläutert, dass es in dem Gebäude eine Brandschutzproblematik gibt und der Gebäudekomplex eine abweisende städtebauliche Wirkung hat. Um all diese Problematiken in den Griff zu bekommen, ist man auf die Zusammenarbeit mit GCP angewiesen denn ein Eigentümerwechsel ist nicht erkennbar.

Die strategische Perspektive ist: Verpflichtung von Kommune und GCP, bestimmte Maßnahmen durchzuführen (Memorandum of understanding).

Als integrierten Handlungsansatz stellt er das 7-Säulen-Modell vor.

- Säule 1: Düne in der Stadt = Einrichtung einer Service- und Begegnungsebene. Neugestaltung des Freiraums westlich der Friedrich-Klippert-Straße und Schaffung von Übergängen.
- Säule 2: Wohnen und mehr in der Düne = Aufwertung des Innenhofs, von Eingangsbereichen und weiteren Bereichen. Belegungsmanagement und Mieterbetreuung.
- Säule 3: Arbeits-Düne = Regionales Förderzentrum und lokales Beschäftigungszentrum.
- Säule 4: Bildungs-Düne = Stärkung Bunte Wege, Aufstockung der Schulsozialarbeit und Ausbau der Kinderbetreuungsangebote.
- Säule 5: Unterstützungs-Düne = Sport- und Bewegungsangebote, Sprach- und andere Kurse.
- Säule 6: Dünen-Sicherheit = Sicherheitskonzept und Concierge-Lösungen.
- Säule 7: Musikwerkstatt in der Düne = Veranstaltungsreihe Weltkultur.

Die Senatskanzlei wurde beauftragt, als Verhandlungs- und Gesprächspartner für die GCP zu fungieren.

Herr Degenhard erinnert, dass sich das Konzept zwar gut anhört, das Vorläuferkonzept allerdings gescheitert sei. Er hält die ganze Sache für Sozialromantik der rot-grünen Regierung. Er kennt niemanden, der Begegnung in der Düne wünscht. Er erinnert, dass die Grohner Düne früher der Stadt gehörte, die große Koalition die Düne damals verkauft habe. Ziel müsse es sein, die Grohner Düne wieder zurück zu kaufen, um sie anschließend abzureißen, alles andere wird, aus seiner Sicht, an der Situation nichts ändern.

Herr Bless fragt, warum immer erst alles den Bach herunter gehen muss. Er lobt, dass erkannt wurde, mit welchem „Pulverfass“ man es hier zu tun hat. Das Konzept ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde, denn es wurde noch nicht mit GCP gesprochen. Wenn der Eigentümer kein Interesse zeigt, wird man wieder auf neue Ideen warten müssen. In der Grohner Düne gibt es eine breite Front von Menschen, die sich nicht integrieren lassen wollen. Die wollen nicht arbeiten sondern vom Staat und von ihren kriminellen Machenschaften leben.

Eine Verschönerung der Fassade wird nichts bringen. Alle Maßnahmen werden an der Kostenfrage gemessen werden, man wird ständig Geld in die Düne stecken müssen und 3,5 Millionen Euro werden nicht ausreichen. Er begrüßt, dass eine Videoüberwachung geplant ist.

Frau Palicki berichtet, dass Menschen bei der Arbeitssuche scheitern, wenn sie als Wohnadresse die Grohner Düne angeben. Sie hält es für ein Unding, dass ein ehemaliges Vorzeigeprojekt so gescheitert ist und glaubt, dass geschlampt wurde.

Herr Prange ist überzeugt, dass es ein schwieriger Weg wird. Zunächst muss mit den Eigentümern gesprochen werden, ein Termin dafür steht bereits. Er gibt den Kritikern Recht, dass Fehler gemacht wurden, aber erklärt, dass es nichts nützt nun zu jammern. Die Interessen von GCP und dem Senat müssen zusammen gebracht werden. GCP will so viele Wohnungen wie möglich vermieten um den Gewinn zu maximieren. Der Senat möchte, das IEK umsetzen und das Umfeld verbessern. Dies erfordert Verhandlungen. Begegnung hält er für sehr wichtig und diese Begegnung findet bereits im Beirat, durch Frau Tunc, statt.

Frau Jüngst erinnert an die gute Entwicklung in Lüssum-Bockhorn, die 8 Jahre dauerte und mit 5 Wohnungsunternehmen durchgeführt wurde. Auch dort wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Es gibt keinerlei rechtliche Durchsetzungsmöglichkeiten, somit ist eine Ankaufsmöglichkeit gegen den Willen des Eigentümers nicht möglich. Wohnraum wird dringend benötigt, ein Abriss ist illusorisch.

Bei einer Zusammenarbeit mit dem Eigentümer und einem Belegungsmanagement kann man sehr viel erreichen. Der Senator für Inneres hat das Sicherheitskonzept bereits abgeschlossen und umgesetzt.

Die 3,5 Millionen Euro, sind nur für die städtebaulichen Maßnahmen gedacht. Was andere Ressorts an dieser Stelle investieren, ist in dieser Summe nicht beinhaltet.

Frau Tunc erinnert daran, dass die Grohner Düne zwar ein sozialer Brennpunkt ist, es aber auch viele Menschen gibt, die eine Begegnungsstätte in der Düne besuchen würden.

Sie erklärt, dass es in der Grohner Düne keinen Sinn hat, Feuerlöscher aufzuhängen, weil sie sehr schnell von Jugendlichen demontiert werden würden. Da müsste eine andere Lösung gefunden werden.

Auf die Frage, ob die Bewohner in die Planungen mit eingebunden werden, erklärt Frau Jüngst, dass es im Februar ein WIN-Forum zu diesem Thema geben soll. Es wird im Vorfeld eine breite Bürgerbeteiligung geben.

Herr Pörschke erinnert, dass es an den Wochenenden überall in Vegesack zu lauten Auseinandersetzungen kommt, trotzdem würde niemand behaupten, dass es sich um soziale Brennpunkte handele. Ihm fällt auf, dass die Bewohner aus dem Gebiet der Grohner Düne alle als problematisch angesehen werden, obwohl es sich immer nur um einige von ihnen handelt. Die Menschen, die von der Grohner Düne wegziehen, tun es nicht, weil die Wohnungen nicht gut geschnitten oder gar zu klein sind, sondern wegen des Umfelds.

An Abriss ist nicht zu denken, solange nicht an anderer Stelle entsprechend Wohnraum geschaffen wird.

Frau Frenzel ist es leid, ständig über das Thema Grohner Düne zu reden und hält es für unsinnig über Abriss zu sprechen, solange einem die Immobilie nicht gehört. Sie hat lange Zeit in Projektgruppen mitgearbeitet und festgestellt, dass die Bewohner dort nicht bereit sind, sich zu integrieren. Andererseits wollen die anderen Bewohner Vegesacks auch nichts mit den Menschen in der Grohner Düne zu tun haben. Ihr wurde außerdem zugetragen, dass die Adresse „Grohner Düne“ allein schon stigmatisierend sei.

Herr Kiener geht davon aus, dass er in seinem Leben nicht mehr erleben wird, dass das IEK greifen wird. Die Verbindung von den Alt-Grohnern zu den Menschen in der Grohner Düne wird es nicht geben, es sei denn, integrationswillige Menschen gehen aus der Düne heraus auf die Menschen zu. Die Durchmischung der Menschen muss gefördert werden, dann kann es mit der Integration klappen. Solange integrationswillige Menschen aus der Grohner Düne wegziehen, wird es dort keine Besserung geben.

Wenn die Stadt Geld hätte, könnte sie die Grohner Düne von GCP abkaufen, um einen Rückbau zu bewirken. Aber die Stadt hat kein Geld!

Dem Jobcenter traut er nicht zu, die Menschen der Grohner Düne in den freien Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Herr Bullmahn hält das Konzept für sehr lobenswert und plädiert dafür, im Vorfeld nicht alles schlecht zu reden. Dass Kinder und Jugendliche die Feuerlöscher von den Wänden reißen, hält er für ein Versagen der Erziehungsberechtigten. Er interessiert sich speziell für das Sicherheitskonzept.

Er hält es für ausgesprochen wichtig, dass die Bewohner über die Sicherheit in den Gebäuden aufgeklärt werden.

Herr Karsten erklärt, dass das Konzept zum Teil schon umgesetzt wurde, indem die Polizei z.B. für leerstehende Kellerräume die Schlüsselgewalt innehat. Es gibt Videoaufzeichnungen, ein Müllkonzept und viele kleine Einzelmaßnahmen. Verbesserungen sind schon zu beobachten, was auch von Frau Tunc bestätigt wird. Eine Lösung der Concierge Frage ist noch in Arbeit.

Herrn Sullimma fehlt die Rolle der Mieter in dem Konzept. Die Absicht, so viel Geld an dieser Stelle einzusetzen hält er für gut, ob es ein Erfolg wird, kann im Vorfeld niemand wissen. Wichtig ist, dass die Bewohner einbezogen werden.

Herr Hartwig erkundigt sich bei Herrn Prange, was für ein Berichtswesen geplant ist, damit der Beirat unterstützend mitwirken kann.

Herr Prange ist sich bewusst, dass es ein langer Weg wird und hält die Zweifel, die geäußert wurden, für angemessen. Die Durchmischung der Bewohner ist ein großes Ziel, welches aber Zeit brauchen wird. Er hält eine Berichterstattung auch für wichtig, wobei es während der Verhandlungen sicherlich schwierig sei.

Herr Riskalla erinnert daran, dass Eigentum verpflichtet. Und GCP muss sich dieser Verpflichtung stellen.

Die Psychologin des Familienzentrums Grohn erklärt, dass sie beobachtet hat, dass selbst die Bewohner der Grohner Düne Angst haben, ihre Kinder im Innenhof der Düne spielen zu lassen. Für die Kinder ist es ausgesprochen wichtig draußen zu spielen damit es nicht zu Entwicklungsrückständen kommt.

Frau von Rutkowski erklärt, dass die Freifläche von der Kita benötigt wird und erkundigt sich nach der Zeitschiene.

Frau Jüngst erklärt, dass einige Projekte schon gestartet sind. Man kann von rund 8 Jahren ausgehen, in denen die Maßnahmen umgesetzt werden, wobei vieles noch nicht gestartet werden kann, weil es nicht in öffentlicher Hand liegt, sondern stark von der Bereitschaft von GCP abhängt.

Bis zur Sommerpause soll zum Stand der Verhandlungen berichtet werden.

Der Vorsitzende formuliert folgenden Beschlussvorschlag, der einstimmig angenommen wird:

Beschluss:

- 1. Der Beirat Vegesack nimmt die Ausführungen zum integrierten Entwicklungskonzept Grohner Düne zur Kenntnis.***
- 2. Die Eigentümer der Wohnanlage werden aufgefordert, ihrer sozialen Verantwortung für die Wohnkomplexe Grohner Düne gerecht zu werden, und die festgestellten erforderlichen Investitionen in der Grohner Düne vorzunehmen.***
- 3. Der Beirat Vegesack fordert die senatorischen Behörden auf, die erforderlichen Haushaltsmittel für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Grohner Düne bereitzustellen. Die Städtebauförderungsmittel sind ebenfalls bereitzustellen.***
- 4. Den Bewohnern der Grohner Düne soll die Gelegenheit gegeben werden, sich inhaltlich in die Konzeptionierung einzubringen.***
- 5. Der Beirat Vegesack bittet darum kontinuierlich über die Verhandlungsergebnisse informiert zu werden.***

Tagesordnungspunkt 4

1. Änderung des Bebauungsplanes 1299 „Science Park“ Abgabe einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Der Vorsitzende führt in das Thema ein und berichtet, dass bisher noch kein Investor gefunden wurde, weil das Planungsrecht nicht deren Vorstellungen entsprach und die Möglichkeiten sehr einschränkt. Daher sollte das Planungsrecht angepasst werden, was der Ausschuss für Stadtentwicklung, Tourismus, Kultur und Wirtschaft auch empfohlen hat.

Herr Hafke erläutert mit Hilfe einer Power Point Präsentation (Anlage 2) den gegenwärtigen Stand und die gewünschte Änderung.

Der Bebauungsplan ist seit 2008 gültig und weist einen Technologiepark aus. Ein Bebauungsplan besteht auch aus textlichen Festsetzungen und nur darin soll etwas geändert werden. Die Betonung auf „Produkt- bzw. Leistungsschwerpunkt im Bereich Forschung und Entwicklung“ soll entfallen. Ergänzt werden „Produktions- und Bildungsgebäude“ und Einrichtungen für gesundheitliche Zwecke, sofern sie nicht Wohnzwecken dienen.

Wichtig ist, dass es die Hauptnutzung „Gewerbenutzung mit Bezug zu Forschung und Entwicklung“ nicht stört. Es bleibt weiterhin ein Gewerbegebiet – Sondergebiet mit einer gewissen Standortqualität. In Bremen-Nord gibt es bisher nicht genug Gebiete mit dieser Standortqualität.

Im Moment läuft die öffentliche Auslegung bis zum 4. Februar 2016. Am 10. März soll der B-Plan der Deputation vorgelegt werden. Wenn es keine gegenteiligen Anregungen und Bedenken gibt, liegt ab diesem Zeitpunkt eine „Planreife“ vor.

Herr Fahsing erkundigt sich, ob es schon Interessenten gibt.

Herr Hafke erklärt, dass schon von Seiten der Wirtschaftsförderung Interesse bekundet wurde ein Gebäude zu errichten. Ansonsten macht das Bauamt nur eine Angebotsplanung. Die Vermarktung übernehmen andere.

Herr Degenhard findet die Festsetzungen recht schwammig und fürchtet, dass möglicherweise doch jemand vor Gericht zieht, um Änderungen durchzusetzen.

Herr Kiener begrüßt die Planungen und hält eine gewisse Flexibilität für wichtig.

Der Vorsitzende trägt die Beschlussformulierung des Stadtentwicklungsausschusses vor und ergänzt sie um Punkt 3.

- 1. Der Beirat Vegesack stimmt der Bebauungsplanänderung zu, wobei die Prioritäten Forschung und Entwicklung beibehalten werden sollen.**
- 2. Das beschleunigte Verfahren muss eine Ausnahme bleiben. Auf eine Bürgerbeteiligung darf nur verzichtet werden, wenn keine Einsprüche erwartet werden.**
- 3. Sofern während der öffentlichen Auslegung seit dem 4. Januar 2016 bis zum 4. Februar 2016 eventuelle Einwendungen bzw. Einsprüche eingehen, ist der Beirat davon in Kenntnis zu setzen.**

Der Beirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 5

Organisatorische Änderungen am Finanzamt Bremen-Nord

Der Vorsitzende berichtet, dass es im Finanzamt Bremen-Nord (FA-Nord) Veränderungen geben soll. Das FA-Nord ist für gesamt Bremen-Nord zuständig, daher haben die Beiräte Blumenthal und Burglesum bereits die Einberufung des Regionalausschusses beschlossen. Der Beirat Blumenthal schlägt als Alternative sogar eine Sitzung aller drei Beiräte vor.

Frau Dr. Oberdörfer freut sich, im Beirat die geplanten organisatorischen Veränderungen vorstellen zu können. Sie betont, dass es nicht um die Auflösung oder Schließung der Behörde geht. Das Gebäude wird weiterhin mit Mitarbeitern des

Finanzamtes voll besetzt sein. Ein Finanzamt ist eine Organisationseinheit und hier muss es die Veränderungen geben.

In 2014 wurde das ehemalige FA-Mitte im Haus des Reichs organisatorisch aufgelöst und Teile des FA-Mitte auf das FA-Nord übertragen. Das FA-Nord besteht nicht nur aus den Teilen, die hier am Sedanplatz ansässig sind, sondern auch aus Teilen die im Haus des Reichs ansässig sind. Die Organisationseinheit FA-Nord hat im Moment eine Personalstärke von ca. 240 Beschäftigten.

2014 ist man davon ausgegangen, dass die Finanzämterstrukturreform beendet sei. Das Regierungsprogramm Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung hat ein prioritäres Projekt, die Optimierung des Forderungsmanagements. Alle bremischen Ressortforderungen sollen zukünftig in einer einheitlichen Vollstreckungslinie eingetrieben werden. Die Kassen- und Erhebungstätigkeiten sollen vereinheitlicht und vom Finanzamt an die Landeshauptkasse übertragen werden. Im Haus des Reichs, der zentralen Finanzkasse, sind 37 Personen, in der zentralen Vollstreckungsstelle 71 Personen und in der einheitlichen Erhebungsstelle 12 Personen betroffen. Die Tätigkeiten dieser Personen werden an die Landeshauptkasse übertragen. Wenn diese Umorganisation am 1. Juli 2016 vollzogen ist, verliert das FA-Nord als Organisationseinheit ca. 120 Beschäftigte. Das Gebäude am Sedanplatz bleibt mit Personal ausgestattet. Dort werden folgende Einheiten bleiben: 1. die Zentrale Informations- und Annahmestelle (Anlaufstelle für die Steuer-Bürger), 2. die Beratungsstelle für Existenzgründer, 3. der Außendienst der Vollstreckungsstelle, also die Vollzieher und eine Anlaufstelle für den Innendienst, 4. die Betriebsprüfer, die organisatorisch dem Finanzamt für Außenprüfung angehören.

Es ist politisches Ziel der rot-grünen Regierung, für das Stadtgebiet Bremens, einschließlich Bremen-Nord, eine einheitliche Steuernummer einzuführen. Bislang konnte dieses nur für die Finanzämter Ost und West verwirklicht werden. Für Bremen-Nord gibt es weiterhin einen eigenen Steuernummernkreis, was bedeutet, dass bei Umzügen innerhalb der Stadt Bremen ein Wechsel der Steuernummer stattfinden muss, was auch Verwaltungsaufwand bedeutet. Darum wird geplant, dass die Steuerfälle, die hier in Bremen-Nord bearbeitet werden, in den Steuernummernkreis von ganz Bremen alphabetisch eingeordnet werden. Die Bearbeitung wird dann zukünftig im Haus des Reichs stattfinden. Davon betroffen sind ca. 40 Beschäftigte des FA-Nord.

Da das Gebäude am Sedanplatz weiterhin voll genutzt werden muss, ist geplant die Bewertungsstelle und die Gemeindesteuern in Vegesack unterzubringen.

Es ist keinesfalls eine Schwächung oder Schließung des Standorts geplant.

Frau Tunc verliest ein Positionspapier der SPD mit 10 Fragen (siehe Beschluss).

Herr Schwieger erklärt, dass versucht wurde, die Beschäftigten der Finanzämter in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. In Projektgruppen wurden optimale Organisations- und Arbeitsabläufe erarbeitet. Am 13. Januar 2016 hat er die Beschäftigten des FA-Nord auf der Personalversammlung informiert und den Mitarbeitern Rede und Antwort gestanden. Er betont, dass für persönliche Härtefälle (z.B. weil wegen kleiner Kinder nicht gefahren werden kann) eine Regelung getroffen wird.

Das FA-Nord hat 27.000 Einkommensteuerfälle. Die unterteilen sich in gut 20.000 klassische Arbeitnehmerfälle und gut 6500 Fälle mit Gewinneinkünften. Die 20.000 Fälle sind das Klientel, welches in die Zentrale Informations- und Annahmestelle (ZIA) geht. Eine Erhebung hat ergeben, dass es im Jahr zu ca. 20.000 Kundenkontakten kommt. Diese ZIA soll es weiterhin geben und noch erweitert werden, damit auch für die 6500 Fälle der Gewinneinkünfte Ansprechpartner geboten werden können. Allerdings werden diese Fälle meistens von Steuerberatern vertreten, die die Daten

elektronisch übermitteln. Außerdem wird es einen Anlaufpunkt inhaltlicher Art geben, wo die Bürger die verschiedensten Sachverhalte klären können. Der Service wird also nicht zusammenbrechen. Auch die Existenzgründerberatung wird bleiben und evtl. erweitert. Die Außenprüfer und Vollzieher werden ebenfalls bleiben, weil es keinen Sinn machen würde, ihnen längere Wege aufzuerlegen.

Herr Bless sieht keinen triftigen Grund für die Versetzungen und fordert Kontinuität die den Mitarbeitern vor zwei Jahren versprochen wurde. Die Mitarbeiter dürfen nicht die Versuchskaninchen der Finanzsenatorin sein. Die CDU fordert die Einsetzung eines Regionalausschusses bzw. einer gemeinsamen Beiratssitzung der drei Beiräte.

Frau Oberdörfer erklärt, dass es in Zukunft mit Sicherheit nicht mehr Personal geben wird. Daher muss dafür gesorgt werden, dass die Organisationseinheiten nicht zu klein werden um Vertretungsregelungen etc. einrichten zu können. Diese organisatorischen Änderungen haben die Veränderungen in Bremen-Nord notwendig gemacht.

Herr Pörschke wundert sich, dass es einerseits hinter den Kulissen darum geht die Effizienz der Finanzverwaltung nachhaltig zu verbessern, aber andererseits im Haushaltsnotlageland kein Applaus ertönt. Es sind noch Fragen zwischen der Finanzverwaltung und den Beschäftigten zu klären, aber der Beirat ist nach seiner Auffassung nicht der richtige Ort dafür. Auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Mitarbeiter einzugehen ist die Personalleitung zuständig. Wenn z.B. in Niedersachsen eine Reform der Finanzverwaltung erfolgt, hat das für die Mitarbeiter ganz andere Konsequenzen, was Wegebeziehungen angeht.

Im Einzelfall kann es zu gravierenden Problemen führen, aber der Beirat ist dafür nicht zuständig.

Als Beiratsvertreter interessiert er sich für die absolute Zahl der zukünftigen Beschäftigten am Sedanplatz, denn das ist für den Einzelhandel, die Gastronomie usw. wichtig.

Frau Oberdörfer bestätigt, dass in Zukunft genauso viele Beschäftigte im FA Nord arbeiten wie bisher.

Herr Dornstedt erklärt zur Zuständigkeit, dass die Beiräte und Ortsämter generell für örtliche Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zuständig sind.

Herr Kiener war zunächst auch in Sorge, dass in Bremen-Nord Vollzeit Arbeitsplätze verloren gehen. Eine Personalreduzierung von 1300 Mitarbeitern auf 800 Mitarbeiter bleibt nicht folgenlos. Ihm ist wichtig, dass der Service für den privaten Bürger erhalten bleibt und dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wenn durch einen Austausch die Effektivität erhöht wird, kann das nur begrüßt werden. Natürlich ist es für die Mitarbeiter, die weitere Wege auf sich nehmen müssen bitter, aber er erwartet, dass diese Mitarbeiter dies auf sich nehmen, denn sie haben im Gegenzug eine sehr hohe Arbeitsplatzsicherheit. Er selber ist 5 Jahre lang täglich zur Arbeit nach Hamburg gefahren, was er als sehr belastend in Erinnerung hat. Von Bremen-Nord nach Bremen-Stadt zu fahren ist zwar nicht schön, aber zumutbar.

Herr Degenhard kann nicht einschätzen, ob die Organisationsänderungen sinnvoll sind oder nicht. Aber er nimmt wahr, obwohl er zum Schluss schon nicht mehr konzentriert zugehört hat, dass bei den Beschäftigten Unmut geäußert wird. Die BIW sind immer da, wenn Bürger von Behördenwillkür betroffen sind, selbst wenn es Mitarbeiter vom Finanzamt sind. Er wirbt darum, dass vernünftige Lösungen gefunden werden und ist im Zweifel an der Seite der unzufriedenen Bürger.

Herr Fahsing erkundigt sich, ob die Öffnungszeiten eingeschränkt werden?

Frau Oberdörfer erklärt, dass im Moment ca. 70 Personen am Sedanplatz beschäftigt sind. Auch in Zukunft werden rund 70 Personen hier beschäftigt sein, allerdings teilweise mit anderen Aufgaben. Das Gebäude wird auch zukünftig gebraucht werden. Die Öffnungszeiten werden so bleiben oder evtl. sogar noch ausgeweitet werden.

Herr Bullmahn würde sich dafür interessieren, ob es den Mitarbeitern um die verlängerten Fahrzeiten geht oder welches die Gründe für den Unmut sind.

Herr Dr. Hartwig schlägt vor, dass die Antworten der Fragen schriftlich beantwortet werden, um die Zusicherungen festgeschrieben vorliegen zu haben.

Eine Mitarbeiterin des Finanzamtes trägt vor, dass 2014 eine Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen geschrieben wurde und zitiert einen Satz: „Zu den fairen und zukunftsorientierten Beschäftigungsbedingungen gehört auch, dass sich Beruf und Familie im Bereich des Bremischen Öffentlichen Dienstes gut vereinbaren lassen.“ Sie erklärt, dass das für die Kollegen aus dem Haus am Sedanplatz und den Kollegen aus dem Haus des Reichs nicht zutreffen würde.

Wenn die Bewertungsstelle aus dem Haus des Reichs hierher verlegt werden würde, kämen nicht nur 40 Mitarbeiter hierher, sondern auch 200.000 Akten. Außerdem fragt sie nach den Kosten eines solchen Umzuges.

Ein weiterer Mitarbeiter erklärt, dass der Standort zwar erhalten bliebe, aber kein Finanzamt Bremen-Nord, wie der Steuerbürger es kennt. Es kommen viele Steuerbürger ins Haus, die mit ihren Sachbearbeitern sprechen möchten. Die Mitarbeiter des FA-Nord sperren sich nicht und beteiligen sich selbstverständlich an Veränderungen, wollen aber genau wie die Mitarbeiter des Hauses des Reichs an ihren Arbeitsplätzen weiter arbeiten. Er bittet um eine einvernehmliche Lösung.

Herr Degenhard beantragt eine gemeinsame Sitzung aller drei Beiräte.

Herr Dr. Schwieger ergänzt, dass das Finanzressort sich Mehreinnahmen im zweistelligen Millionenbetrag von der Umstellung der Forderungsmanagements verspricht. Dagegen sind die Umzugskosten zu vernachlässigen.

Wenn es im ganzen Stadtgebiet einen einheitlichen Steuernummernkreis geben soll, müssten die Mitarbeiter an diesem Standort z.B. nach Buchstabenkreisen arbeiten. Das würde aber bedeuten, dass Menschen aus dem gesamten Stadtgebiet Bremens nach Vegesack kommen müssten, die zu diesem Buchstabenkreis gehören, alle anderen Steuerbürger müssten trotzdem von Bremen-Nord zum Haus des Reichs fahren.

Der Vorsitzende schlägt folgenden Beschluss vor, der mit 6 Stimmen dafür, 4 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen angenommen wird:

Der Beirat Vegesack fordert die Finanzsenatorin auf, alle Planspiele sofort zu beenden, die den Abzug sämtlicher Kompetenzen vor Ort zur zügigen Bearbeitung von Steuererklärungen zum Ziel hat. Das Finanzamt Bremen-Nord muss vielmehr als anerkannter Dienstleister grundsätzlich in seiner bewährten Struktur Planungssicherheit erhalten. Einen Personalaustausch zugunsten einer Verlagerung der Bewertungsabteilung für Grundstücksangelegenheiten von Bremen-Mitte nach Vegesack lehnt der Beirat mit Nachdruck ab.

Als nächstes wird folgender Fragenkatalog einstimmig beschlossen:

Der Beirat Vegesack bittet um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen bis zur nächsten Sitzung am 11. Februar 2016:

- 1. Was für Umstrukturierungsmaßnahmen im Finanzamt Bremen-Nord sind vorgesehen?**
- 2. Was ist der Sinn und welche Effekte sind mit einer solchen Umstrukturierung vorgesehen?**
- 3. Welche Vor- und Nachteile für die Bürger und Bürgerinnen Bremen-Nords hätte eine Umstrukturierung des Finanzamtes Bremen-Nord?**
- 4. Blieben bei einer Realisierung der Umstrukturierung die Serviceleistungen der Zentralen Informations- und Anlaufstelle (ZIA) und die Kompetenz der Problemlösung von Steuerfällen für Bürger/-innen und Steuerbüros etc. im Finanzamt Bremen-Nord in Vegesack?**
- 5. Hätte eine, wie unter der Antwort zu 1. dargelegte, Umstrukturierung Auswirkungen auf die Kundenfrequenz?**
- 6. Würden die Öffnungszeiten des Finanzamtes und der ZIA sich verändern? Wenn ja, inwiefern?**
- 7. Wie würden Terminvergaben organisiert werden?**
- 8. Welche Anzahl Beschäftigter hat gegenwärtig das Finanzamt Bremen-Nord und wie viele hätte es nach der in Rede stehenden Umstrukturierung?**
- 9. Würde Bremen-Nord seinen gegenwärtigen Steuernummernkreis beibehalten?**
- 10. Wie wurde den Bedenken der Beschäftigten gegen eine Umstrukturierung (70 Unterschriften) Rechnung getragen werden?**

Außerdem wird mit 11 Zustimmungen und 5 Enthaltungen folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat Vegesack beschließt eine gemeinsame Sitzung der drei Beiräte von Blumenthal, Burglesum und Vegesack.

Tagesordnungspunkt 6

Benennung der Erschließungsstraße im Baugebiet Aumunder Wiesen

Da dem Bauamt bereits 2 Bauanträge für das Baugebiet Aumunder Wiesen vorliegen ist es notwendig, den Erschließungsstraßen des Gebiets Namen zu geben. Die Bauherren benötigen Adressen um Verträge schließen zu können.

Die Aufforderung des ASV ist am 7. Januar 2016 dem Ortsamt zugegangen.

Das ASV empfiehlt, die neue Verbindung von der Beckstraße zum Wohngebiet auch Beckstraße zu nennen, weil dort schon Gebäude stehen, die die Adresse Beckstraße haben.

Es liegen 4 Vorschläge für die neue Ringstraße vor:

1. Karl Wastl Straße
2. Aumunder Wiesen
3. Aumunder Wiesen Straße
4. Neuaumunder Wiesen

Beschluss mit 2 Enthaltungen:

- 1. Die von der Beckstraße zum öffentlichen Fuß- und Radweg führende Erschließungsstraße soll den Namen „Beckstraße“ erhalten.**
- 2. Die von der Meinert-Löffler-Straße abgehende Planstraße im Baugebiet Aumunder Wiesen soll den Namen „Aumunder Wiesen“ erhalten.**

Tagesordnungspunkt 7

Besetzung von Ausschüssen

Aufgrund des Ausscheidens von Frau Weßling sind mehrere Ausschüsse neu zu besetzen. Die SPD hat das Vorschlagsrecht.

1. Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration – Herr Fahsing wird vorgeschlagen und einstimmig gewählt.
2. Ausschuss für die Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerber – Herr Fahsing wird vorgeschlagen und einstimmig gewählt.
3. Regionalausschuss – Herr Dr. Hartwig wird vorgeschlagen und mit einer Enthaltung gewählt.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Beiratssprecher des Beirates, der den jeweiligen Vorsitz hat, als Sprecher des Regionalausschusses eingesetzt ist. Somit wird Herr Dr. Hartwig auch Sprecher dieses Gremiums.

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Beirates Vegesack wird nach 22.00 Uhr kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen.

Ende der Sitzung 22:10 Uhr

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Dr. Hartwig
Beiratssprecher